

BFGT BÜNDNIS 90\DIE GRÜNEN CDU SPD UWG

Gemeinsamer Ratsantrag zum Atomausstieg

Der Rat der Stadt Gütersloh unterstützt den Beschluss des Bundestages, den Anteil der Atomenergie bei der Stromerzeugung auslaufen zu lassen. Gleichzeitig ist eine beschleunigte Energiewende notwendig, deren Rückgrat die Städte und Kommunen sind.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Rat:

1. Die Stadt Gütersloh soll so schnell wie möglich bei ihrem Strombezug auf Atomstrom verzichten und durch Strom aus CO₂-armen Quellen ersetzen.
2. Die Stadtwerke Gütersloh sollen im Stromverkauf den Anteil an Atomstrom soweit wie möglich reduzieren und diese Reduktion im Energiemix durch Zukauf und Eigenproduktion von Strom aus regenerativer Erzeugung kompensieren.
3. Um den Absatz von Ökostrom zu erhöhen und dadurch die Umschichtung im Gütersloher Energiemix zu unterstützen, regt der Rat eine gemeinsame Informationskampagne von Stadt und Stadtwerken an. Die Stadtwerke Gütersloh werden aufgefordert, Ökostromtarife einzuführen und zu bewerben, die den Kriterien „Grüner Strom Label - GOLD“ für reinen Regenerativstrom und „Grüner Strom Label - SILBER“ für Regenerativstrom mit bis zu 50% KWK-Stromanteil entsprechen.
4. Der Rat begrüßt das bereits verabschiedete Investitionsprogramm der Stadtwerke Gütersloh in Höhe von 20 Mio. EURO bis zum Jahr 2020 (CO₂-Minderungskonzept) ausdrücklich. Er beauftragt die Stadt und fordert die Stadtwerke darüber hinaus auf, die Eigenstromerzeugung, soweit technisch realisierbar und wirtschaftlich vertretbar, durch regenerative Energieanlagen und insbesondere auch durch KWK-Anlagen zu erhöhen, den zuständigen Ausschüssen geeignete Projekte vorzuschlagen und deren voraussichtliche Kostenauswirkungen darzustellen. Die Stadtwerke werden aufgefordert, Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien, für den Zuwachs von Kraft-Wärme-Kopplung und zur CO₂-Reduzierung zu formulieren und verbindlich festzulegen.
5. Der Rat betrachtet die Steigerung der Energieeffizienz als unverzichtbaren Bestandteil der Energiewende. Er beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des Klimaschutzprogramms weitere Vorschläge für Maßnahmen auszuarbeiten, die der Einsparung von Energie dienen

Die Gremien des Rates sind über Planung und Umsetzung der oben beschriebenen Maßnahmen frühzeitig zu informieren und zu beteiligen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind in diesen Prozess einzubeziehen.